

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 442 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbediensteten-Gehaltsgesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 17. Juni 2026 mit der Vorlage befasst.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer erklärt eingangs, dass der heutige Beschluss den zweiten Teil des SALK-Pakets bilde, welcher im Zeichen der Umsetzung der Reformbeschlüsse der Regierungsklausur vom Jänner 2026 stehe. Das Strukturpaket der Landeskliniken und dessen schrittweise Umsetzung sei ein zentrales Vorhaben der Landesregierung. Er erinnere daran, dass die Journdienstpauschale zur Absicherung der Dienstplanstabilität sowie Spezialisierungen in der Pflegeausbildung (etwa Pädiatrie und Anästhesie) mit einem Budget von rund € 2 Mio. bereits umgesetzt worden seien. Weiter führt er aus, dass für 2027 die Karrieremodelle der Ärztinnen und Ärzte an andere Bundesländer angepasst würden. In einem letzten Schritt sollten Maßnahmen zur Attraktivierung der Journdienste für Beschäftigte in allen Bereichen folgen. Die Gesamtkosten des SALK-Pakets beliefen sich auf rund € 10 Mio. Im Begutachtungsverfahren seien überwiegend positive Stellungnahmen eingelangt, wenngleich sie zumeist das Gesamtpaket betroffen hätten. Zu betonen sei, dass es neben einem strategisch strukturierten Prozess Investitionen in die bauliche „Hardware“ des Universitätsklinikums brauche, vorrangig müsse jedoch in das Personal investiert werden. Das SALK-Personalpaket bilde dabei das Herzstück, dessen zweiter Schritt nun umgesetzt werde. Es handle sich um sehr budgetintensive Maßnahmen, die Landesregierung bekenne sich jedoch ausdrücklich zu diesen Ausgaben, da Gesundheit und Pflege zentrale Anliegen der Bevölkerung seien.

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA schickt die Zustimmung seitens der SPÖ voraus und betont, dass die Umsetzung des zweiten Teils des SALK-Pakets für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich dringend und die Vorlage überfällig sei. Zugleich hält er fest, dass es Verzögerungen gegeben habe. Das Paket sei lange verhandelt, bereits geschnürt und dann wieder aufgemacht worden. Die Debatte um den Pflegebonus sei dafür exemplarisch.

Abg. Mag. Eichinger hält fest, dass die Vorlage im Wesentlichen eine kleine Änderung zur Klärung der Modellstellen enthalte und die KPÖ PLUS dem zustimmen könne. Positiv bewerte er, dass der Patientenservice und weitere Gruppen wieder aufgenommen würden und Inhouse-Leistungen zurückkehrten. Abschließend regt Abg. Mag. Eichinger an, auch in anderen Bereichen das Outsourcing rückgängig zu machen, wie etwa bei der Reinigung.

Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA signalisiert Zustimmung seitens der GRÜNEN und betont die Notwendigkeit, bei derart wichtigen Themen zügiger voranzukommen.

Klubobmann Abg. Dr. Schöppl kündigt an, dass auch die FPÖ der Vorlage zustimmen werde.

Der Vorsitzende lässt die Ziffern der Regierungsvorlage in der Spezialdebatte geblockt abstimmen. Zu den Ziffern 1. und 2. meldet sich niemand zu Wort und werden diese einstimmig angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbediensteten-Gehaltsgesetz geändert wird, wird einstimmig angenommen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr. 442 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 17. Juni 2026

Der Vorsitzende:

Schernthaner MIM eh.

Der Berichterstatter:

Mag. Mayer eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 8. Juli 2026:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.